

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40...

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Bahnhöfen-Anzeigen die Spezialrate Kolonial-Beile 50...

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Berlag von H. Weg. Druck von E. A. H. Reiter & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Vom Friedenskongress.

In den Tagen vom 24. bis 26. November sah Basel 518 Abgeordnete der Arbeiter aller Weltteile in seinen Mauern. Sie forderten den Frieden!

Der Kongress tagte in einem Lande, in dem man der Freiheit noch immer eine Gasse gebahnt, in dem Unterdrückung stets leidenschaftliche Gegenwehr herausforderte.

Im September des Jahres 1869 tagte bereits ein Kongress der Internationale in Basel. Der Baseler „Vorwärts“ grub ein Protokoll aus, das in den Politiktatzen über diesen Kongress niedergelegt war.

Das drückt sich auch in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung aus. Hier sind die Konsumvereine die Träger der staatlichen Maßnahmen gegen die Teuerung geworden.

Der Staat leistet für den Arbeitslosen Unterstützung und unterstützt private Arbeitslosenstellen, auch die der Gewerkschaften: die Sonntagsruhe ist fast vollkommen.

Ueber die Verhandlungen des Kongresses wird der freundliche Leser sich anderweit unterrichten. Hier sei nur soviel bemerkt, daß der Schreiber dieser Zeilen noch keinen internationalen Kongress besucht, der in gleicher Weise getragen war von dem Drange,

möglichst rasch und vollkommen den Tagungszweck zu erfüllen, und der solche Begeisterung bei allen Besuchern auslöste, wie dieser. Deshalb kann man über Mängel in der Technik zur Vorbereitung entschuldigend hinwegsehen.

Dem Zwecke des Kongresses entsprechend war die Ausschmückung des Kongresslokales. Die Rednertribünen flankiert von den Kampfesfahnen und Standarten der Schweizer Arbeiterschaft, aus einem Hain Lorbeerbäumen ragen Bureau und Rednertribüne heraus, umrahmt von einem eng sich schließenden Kranz von Kampfesfahnen und Standarten der Schweizer Arbeiter.

Der Kongress hatte nur einen Punkt zu erledigen: Die internationale Lage und die Vereinbarung eines gemeinsamen Vorgehens gegen den Krieg. Eine Vereinbarung ist getroffen. Sie findet ihren Niederschlag in dem Manifest, das auch die Stellung in der internationalen Politik vorzeichnet.

Welchen Eindruck wird es auf die machen, an deren Adresse es sich auch wendet, die Herrschenden und Regierenden, die besitzenden Klassen? Können sie an der Willenskradgebung der Millionenarbeit organisierter Arbeiter achlos vorübergehen?

Aus dem Reichstage.

Im Verlaufe der letzten Wochen und Monate, in denen das Volk von der Teuerung heimgequält wurde, ist in den Verhandlungen die Forderung nach sofortiger Erhebung des Reichstages ausgesprochen worden. Die verbündeten Regierungen haben die Forderung an den Wind geschlagen.

Mit Spannung sah man dem zweiten Tage entgegen. Er brachte die Präsidentenwahl. Wird der schwarz-blaue Block den Versuch zu einer Krisenprobe machen, das jetztige Präsidium zu erneuern? Der Versuch verneinte die Frage. Der frühere erste Präsident, Kämpf, der insolge Mandatsniederlegung der Präsidentswürde vertrieben ging, als Abgeordneter aber wiedergewählt wurde, erlangte die Mehrheit. Die Wahl wäre ihm auch günstig gewesen, wenn Zentrum und Polen nicht weiße Stimmzettel abgegeben hätten.

Gelezes gar nicht geplant war. Aus einer sanitären Maßnahme haben die Junker und ihre Verbündeten ein Zuggelei für agrarische Profitinteressen gemacht. Die Regierung erklärte damals die Umwandlung des Paragrafen in sein Gegenteil für überflüssig, ja für unannehmbar!

Die Regierung von heute dagegen will mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes leben und fallen! So haben für die Junker zum Interessenworte der Junker durchgemauert. Ka- und Landwirtschaftsminister sind die Vorkämpfer der Agrarier. Der Landwirtschaftsminister von Schorlemer-Besier prägte das Wort von der „Verorzugung des Pferdefleisches“ wegen seines höheren Eiweißgehaltes!

Auch das Reichsgeheimratsamt paßte sich in den agrarischen Rahmen hinein, unbedünnter darum, daß es in seinen Publikationen, die es im Interesse der Gesundheitsförderung ergehen ließ, einen Fleischverbrauch von 150 Gramm täglich für notwendig erklärte.

- 1. die Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Vieh und Fleisch, aufgehoben werden; 2. die Grenzen für Einfuhr von Vieh und Fleisch unter Aufrechterhaltung der unerlässlichen Sicherheitsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen geöffnet und unumtätig-sofort die die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch fast unabhuglich machenden Bestimmungen beseitigt werden;

Ein neuer Antrag wurde vorgelegt. Er hatte diesen Wortlaut: „Die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler entspricht nicht der Aufmerksamkeit des Reichstages.“

Die Abstimmung über diesen Antrag war eine namentliche. Es erfolgte mit 174 gegen 140 Stimmen bei 9 Enthaltungen die Ablehnung.

Am Sonntagabend erfolgte die erste und zweite Lesung des Gesetzes zur Vergütung von Schiffen aus Genoa und die erste Lesung des Saugfließengesetzes und Postdienstgesetzes. Am Montag begannen die Etatsverhandlungen mit Darlegungen des Kanzlers über die auswartige Politik.

Erster außerordentlicher Genossenschaftstag.

Am 25. November wurde in Hamburg der erste außerordentliche Genossenschaftstag in Anwesenheit von etwa 400 Delegierten abgehalten. Ueber die Änderungen der Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtete Kaufmann. Die wesentlichen Änderungen des Statuts bestehen darin, daß als Sitz des Verbandes Hamburg bestimmt wird, während bisher als solcher der Wohnort des Vorsitzenden

tratte nicht entbehren", schreibt es mahnend und aus diesem Zweck schließt das Blatt die hohe Hoffnung, daß die christlichen Gewerkschaften, die sich (1) um ihre Existenz nicht bekümmern zu sein brauchen. Also ausgerechnet die christlichen Gewerkschaften erleichtert die Beurteilung der christlichen Gewerkschaften wesentlich.

Deutlicher noch als durch den allgemeinen Witzmar in der Presse wird die Befestigung im Lager der christlichen Gewerkschaften gekennzeichnet durch die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages am 8. bis 10. Oktober. Obwohl erst in der Woche vom 8. bis 10. Oktober der ordentliche Kongress in Dresden getagt hatte, wurde für den 28. November ein neuer Kongress nach Essen einberufen. Allerdings war er mehr eine Komödie als ein Kongress. Die Reden der christlichen Führer waren nicht nur vorher schon ausgearbeitet, sie lagen vielmehr den Kongreßteilnehmern schon gedruckt vor. Und die Diskussion war genau so sorgfältig vorher abgestimmt und zugeschnitten. Es handelte sich also auf dem Kongress gar nicht darum, die durch die Enghilfs geschaffene Situation zu erörtern, sondern nur darum, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften durch große Geste und starke Worte über das Prestige eben dieser Situationen hinwegzutäuschen. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Reden auf dem Kongress zu beurteilen. So, wenn Siegerwald unter dem Beifall des Kongresses erklärte:

"Weitere Garantien wie in meiner Rede vom 2. März in Köln können die christlichen Gewerkschaften nach der rechtsstaatlichen Seite nicht übernehmen." Oder Vogelgang: "Wir geben heute mit Nachdruck der Forderung Ausdruck, daß diese unsre wirtschaftliche Freiheit und Selbständigkeit endlich auch seitens aller Vertreter von Kirchengemeinschaften die gebührende Beachtung finden. . . . Aber Respekt vor einem katholischen oder evangelischen Vereinspräsidenten, aber er ist nicht in der Lage, der Führer der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete zu sein. Die Theologen sind in diesen Dingen Laien, wo wir Fachmänner sind. . . . Soweit es sich um Ziele und Zwecke der Bewegung handelt, lassen wir uns weder von Unternehmern noch von Sozialdemokraten, weder von Facharbeitern noch von Gegenüber Kirchengemeinschaften hindern; die rein wirtschaftlichen Fragen entscheiden wir selbständig."

Alle solche Ausführungen fanden den stärksten Beifall der Versammlung, aber trotz der vorzüglichen Regie der Theaterverstellung merkte man doch immer wieder etwas, wie Wieder es ausdrückte, "von dem Knirschen des inneren Menschen". Bitte von zweifellos korrekten Auslegungen der neuen Enghilfs, wie Facharbeiter und Unternehmer sie für ihre Zwecke ausnutzen, riefen jedesmal heftiges Murren oder unwillige Wuirufe hervor.

Einem Trost konnten allerdings die Regisseure bringen: die deutschen Bischöfe haben der Enghilfs eine "Interpretation" (Auslegung) gegeben, die einige Stellen zugunsten der christlichen Gewerkschaften abschwächt. Es ist aber noch nicht einmal gewiß, daß der Papst diese — sachlich übrigens herzlich unbedeutende — Abschwächung seiner unfehlbaren Meinung billigt. Immerhin haben die Bischöfe dem Kongress eine Freude bereitet; eine Freude allerdings, die uns die Behrangnis der Christen kennzeichnet.

In seinem Schlüsselwort stimmte die Enghilfs ein sehr wehleidigen Ton an. Er meinte: "Ein Gefühl der Bitterkeit steigt in uns auf durch die Angriffe aus eigenem Lager." Auch versicherte er, daß den christlichen Gewerkschaften nichts ferner gelegen hätte, als die Arbeiter vom christlichen Glauben abzuwenden. Und er fügte hinzu:

"Wenn es uns lediglich darauf angekommen wäre, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, dann hätten wir zu den Sozialdemokraten gehen können."

Das ist sehr richtig. Die christlichen Gewerkschaften wollen und sollen auch politische Interessen vertreten, sie sollen vor allem ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sein. Das kommt auch in der vom Essener Kongress angenommenen Resolution zum Ausdruck, in deren Schluß es heißt:

"Die christlichen Gewerkschaften sind mit dem wirtschaftlichen und nationalen Leben Deutschlands aufs engste verknüpft, sie sind die ungebrochene Organisation, die sich neben der sozialdemokratischen Bewegung entscheidende Bedeutung verschafft hat. Sie sind eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit. Staat und Volksgemeinschaft haben ein Lebensinteresse daran, daß nicht die antinationalen, dem Christentum feindliche Sozialdemokratie eine allein herrschende Monopolstellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung erlangt. In Charakter, Organisationsform und Wirksamkeit der Gewerkschaften wird daher nichts geändert werden. Wir arbeiten weiter wie bisher."

Der schwächere Anlauf zum Protest in dieser Resolution hat die Blätter der "Berliner Richtung" schon wieder auf den Plan gerufen. Sie wittern über Ungehorsam und Trotz christlicher Gewerkschaftsführer und fordern unbedingte und vorbehaltlose Unterwerfung. Das "Deutscherische katholische Sonntagsblatt" aber schreibt mit der ganzen Annahme, deren nur ein im Besitz aller Wahrheiten glückliches Blatt fähig ist:

"Würden die Organisationen ihrer Kraft mißbrauchen, um sich schmeichelnd nach der Klärung des Rechts zu stellen, dann bliebe nichts anderes übrig als die traurige, fürchterliche Notwendigkeit, diese feindliche Richtung zu zerschlagen. Wir werden nicht zurück vor den letzten Konsequenzen, wenn man es wagen sollte, dem Papst gegenüber das Prinzip zu betreten, das sich als schmerzhaft und gegen Rom arbeitend unter der Bewußtseinschwelle des katholischen Volkes."

Der Tanz geht also weiter. Die christlichen Gewerkschaften werden immer mehr nachgeben und die päpstlichen werden immer mehr fordern. Bis dann die endgültige Umwandlung der christlichen Gewerkschaften in eine unbedingte Schutztruppe der politischen und wirtschaftlichen Reaktion vollzogen ist. Hielversprechende Ansätze sind ja schon da. Die Gelben dürfen also auf Konkurrenz ober — Futwachs rechnen. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die diese Entwicklung nicht mitmachen wollen, tun gut, sich rechtzeitig von dem in die gelben Finnen versinkenden christlichen Schiff zu retten.

Die gelbe Schutztruppe der Unternehmer.

II

Die Unternehmer als Organisator und Gebieter.
Die Gelben wollen es nicht wahr haben, daß sie nur Geblide von Unternehmern Gnaden sind. Und doch sagen die Beweise dafür, daß die gelben Organisationen direkt oder indirekt Schenkungen der Unternehmer sind, so zahlreich und klar vor, daß man zur den Rat

beruht. Besonders muß die diese Tatsache betonen. Das gelbe Gewerkschaftsamt hat zwar seine 1908 herausgegebenen Programme über die Gelben mit dem Motto versehen: "Die gelben Arbeitervereine sind aus Notwendigkeit geboren, sie sind von Arbeitern gegründet als Kampforganisationen gegen den Sozialismus der Sozialdemokratie", aber er richtete zu derselben Zeit, in der er die Broschüre verfaßte, zahlreiche Schreiben an Unternehmer und Unternehmerorganisationen, in denen er sich als Schieber für gelbe Gründungen anbot. Wir können hier schon aus Mangel an dem Raum unseres Blattes nur wenig von dem vorliegenden Material veröffentlichen, immerhin seien einige Briefstellen zitiert. An die Direktion der Magener Stahlwarenfabrik schrieb Lebius 1908:

"Auf Ihre werthen Schreiben vom 5. d. M. sende ich Ihnen ergeblich, daß die Anregung zur Vereinigung keinesfalls von Ihnen ausgeht. Ich bin einverstanden, wenn Sie mich als zuverlässig bekannten Arbeiter für Ihre Anregung."

Das Rezept ist deutlich. Der Unternehmer spricht einem Meister gegenüber den Wunsch aus, nach einer gelben Organisation und der gibt die Anregung an einen "zuverlässigen" Arbeiter weiter. Es gibt aber auch noch einen anderen Weg. Strohmayer zu gelassen, und der ist betraute noch sicherer. Der Unternehmer teilt nämlich einfach Lebius den Namen und die Adresse eines "zuverlässigen" Arbeiters mit. Dieser zuverlässige erhält dann von Lebius direkt ein Schreiben ungefähr folgenden Inhalts:

Herrn Wilhelm Stubben, Hannover.
Mein Herr Stubben!
Von einem mir bekannten Herrn wurde mir mitgeteilt, daß Sie für die gelbe Arbeiterbewegung Interesse haben. Falls das der Fall ist, so würde ich Ihnen bei der Gründung eines Vereins gern zur Hand gehen. Und empfangen Sie das Statut eines unserer Vereine. Ich bin unter Umständen bereit, nach dort zu kommen, um Ihnen bei der Vereinsgründung zur Hand zu gehen.
Hochachtungsvoll
Machold Lebius.

Daß der "bekannte Herr" in diesem Falle der Expediteur Wäde (der Arbeitgeber des Arbeiters Stubben) war, brauchte der Arbeiter natürlich nicht zu wissen, auch nicht, daß der Unternehmer die Kosten bezahlte, die dem hilfsbereiten Lebius erwachsen.

In neuerer Zeit wird die Gründung der gelben Schutztruppe offener betrieben. Seit die Gewerkschaften in den großen Kämpfen des Jahres 1910 im Baugewerbe und auf den Werken Sieger gelitten sind, haben die Unternehmerorganisationen die Korruption der Arbeiter durch gelbe Gründungen unter ihrer regulären Kampfmittel eingesehen. Ich möchte hier die "Metallarb.-Ztg." das Protokoll einer Sitzung der Süddeutschen Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen veröffentlichen, nach dem diese Unternehmerorganisationen zur Förderung der Gelben 3000 Mark ausgemorren und gleichzeitig ihren Geschäftsführer beauftragt hatte. In Nor malstatut der Arbeitervereine ausgearbeitet. Zahlreiche andere Unternehmerverbände haben sich auf ihren Tagungen mit den gelben Gründungen befaßt. In unserm Verbandgebiet, z. B. die Holzindustriellen, die Papierfabrikanten und die Unternehmer der chemischen Industrie. Die zuletztgenannten wollen sich auf ihrer nächsten Haupttagung noch einmal eingehend mit der Frage beschäftigen.

Die Fürsorge der Unternehmer für die Gelben ist so groß, ihr Gründungsgeist so stark, daß manche gelbe Drahtzieher schon lange werden. Als die "Metallarbeiter-Zeitung" das oben erwähnte Protokoll der Süddeutschen Eisenindustriellen veröffentlichte, nach dem diese Scharmacher ihr gelber Eifer bis zur Schaffung eines Normalstatuts für gelbe Arbeitervereine trieb, erwähnte die Berliner Generale der Gelben die Unternehmer, ihre gut gemeinte Fürsorge nicht allzuweit zu streben; denn dieser "wohlgemeinte Heberesser" und der allzu deutlich hervortretende Einfluß der Arbeitgeber oder ihrer Beamten und Meister auf die Werbervereine könnte zur Folge haben, daß die Arbeiter mißtrauisch und ängstlich werden. Die "Arbeitgeber-Zeitung" verteidigt in einer Erwiderung ganz offen das Recht der Unternehmer, die Gründung gelber Werbervereine "in eigene Regie zu übernehmen" (so wörtlich in der "Arbeitgeber-Zeitung" vom 8. 9. 1912). Sie überließ allerdings, daß die Berliner Tabler gegen die Unternehmerregie an sich nichts einwenden wollten, sondern nur die Folgen des Bekannnis werden dieser kompromittierenden Regie fürchteten. Diese Scheu vor der Öffentlichkeit ist bezeichnend für den moralischen Wert der gelben Bewegung. Sie hindert allerdings nicht, daß, wenn auch nicht alles, so doch sehr viel aus der gelben Röhre der Öffentlichkeit vorgelegt wird. So konnte erst kürzlich das "Halle'sche Volksblatt" Ausgabe aus dem Protokoll einer Sitzung veröffentlichen, die mit ganz besonderen Vorichtsmaßnahmen umgeben war. Es handelt sich um eine geheime Sitzung mitteldeutscher Scharmacher, die am 24. November 1911 in Halle tagte.

Ueber den Hwed der Sitzung sagte der Vorsitzende, der holländische Bergrat Ripin: "Es handelt sich darum, die vaterländische Bewegung zu fördern. Die Herren sollen etwas mehr Opfer bringen, da die Kassen vollständig leer seien." Um die Unternehmer zur Opferwilligkeit anzuhalten, hielt ein Generalsekretär Richards der unter dem Namen "Wäterländische Arbeitervereine" bestehenden gelben Spielart einen Vortrag, in dem er den Unternehmern beschwieg, wie sehr sie (die Unternehmer) an der Förderung dieser Bewegung interessiert seien. Er sagte nach dem Protokoll:

"Ich und mehrere hier anwesenden Herren haben schon es gelungen, eine vaterländische Bewegung zu schaffen, die im Gegensatz zu den evangelischen Arbeitervereinen keine religiösen oder politischen Tendenzen verfolge, und daß das beste Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie heute die sozialdemokratischen Gewerkschaften bestände. Es sei kein Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, sondern ein Verein zur Bekämpfung und zur Förderung der Interessen der Unternehmer. (Er betonte, daß er nicht offensichtlich, jedoch sollen diese Vereine eine Streikliste veröffentlichen. Der Verein hat 100 Mitglieder über 300 Mitglieder und hat den Unternehmern hier schon sehr gute Dienste geleistet. (Er richtete sich an mehrere Herren.) Unser Streik ist in dem vaterländischen Verein sehr gut, nur Arbeiter in den Verein aufzunehmen, aber auch keine Arbeiter direkt zu geben. Die Beiträge längten auch dazu aus, daß die Unternehmungen lösen auch nicht das meiste, sondern die Kosten zur Förderung des Vereins verschlingt große Summen, daher die Höhe der Kasse. Diese Kasse können wir nicht von den Mitgliedern getragen werden; auch brauchen die Mitglieder gar nicht zu wissen, was das Geld aus dem Streikverdienst ist. Wir haben jetzt einen Jugendverein gegründet, in dem wir auch Aufschaffungen notwendig, alles das kostet sehr viel Geld."

Diese Rede zeigt, daß die Scharmacher allen Grund haben, ihre Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zu führen. Denn die fast immer so moralisierenden Herren proklamieren die moralische Verurteilung mit einer Ungenauigkeit, die einen Bayern zum Erbrechen bringen würde.

Die Sitzung der Scharmacher, richtiger das Protokoll dieser Sitzung, ist auch noch aus einem andern Grunde für uns von Interesse. Ein Vertreter der in dem Brief genannten evangelischen Arbeitervereine, bezeichnete ein P. f. a. r. z. v. Richter, warbte sich gegen die gelbe Konkurrenz der vaterländischen mit dem Hinweis, daß die evangelischen Arbeitervereine Sachsens eine durchaus sichere Schutztruppe für die Unternehmer seien. Dabei plauderte er auch aus, mit welchen Mitteln und Folgen er im Interesse der Unternehmer arbeite. Er sagte:

"Überlich lasse ich Leute in Schenkungen herabfallen, hierbei kann man von der Sozialdemokratie lernen. Wenn ich einen solcher Leute genau geprüft habe, dann wird er ausgebildet in Politik und sozialen Fragen, bis notwendig sind. Der Hauptzweck ist jedoch, die rechnerische Begabung zu wecken. Meine Herren, um es richtig auszudrücken, diese Leute zu Großkappen zu erziehen."

Diese Großkappen werden an in die Betriebe geschickt und die Agitation unter den Arbeitern und den Unternehmern gemacht. Diese Leute besitzen das volle Vertrauen ihrer Mitglieder, weil sie von immer unter ihnen sind und nicht aus der Kasse herausgehen, wo die Arbeiter hineinkommen, sondern aus der Kasse, in die die Herren Unternehmer freiwillig steuern. In diesem Jahre hat die Summe 100 000 Mark erreicht, und damit läßt sich doch etwas anfangen, meine Herren!"

In diesen Ausfällen aus den Reden der beiden Konkurrenten haben wir das gelbe Programm wie in einer Nut. Die gelben Organisationen sind gegründet "zur Förderung der Interessen der Unternehmer". Damit die geschäftlichen Arbeiter das nicht merken, dürfen zwar geheime Konten der Scharmacher den gelben Schafen die Begründung zeigen, aber vorzutragen müssen gebührende Großkappen als Wäde, die schwinden mit ihnen aus der Kasse. In Wirklichkeit den Unternehmern aus der Hand stellen. Es wäre zum Nachen, wenn es nicht so unglücklich wäre, daß es sich nicht etwa um unbedachte Vorklänge, sondern um die tatsächliche Praxis handelt. Ichken nicht nur die einleitend erwähnten Briefe des gelben Führers Lebius, sondern auch zahlreiche andere Vorkommnisse. Davon sei hier nur eines erwähnt, weil es nicht nur die Sache selbst, sondern gleichzeitig die Machtverhältnisse eines gelben Führers charakterisiert. Die Waidenburger Bergarbeiterverein, deren Führer Blech, der Hauptbesitzer der Gruben, hatten für am Führer ihrer "rechnerischen" Bergarbeitervereine einen gewissen Ermeret an der Hand. Dieser Ermeret war früher Mitglied eines christlichen Bergarbeitervereins, dann Wanderredner des vaterländischen und Bekämpfung der Sozialdemokratie. Als der Bergarbeiter-Verein "gelänglich" darauf hinwies, daß Ermeret als Leiter der Bergarbeiter 5000 Mark Gehalt bezog, wurde ihm eine Gehaltsminderung eine Verichtigung, in der es heißt:

Es ist unklar, daß ich als Leiter des vaterländischen Bergarbeiterverbandes 5000 Mark Gehalt bezog, sondern nur 1000 Mark. Ich habe mir ein Gehalt von 1000 Mark gewünscht."

Diese Verichtigung erlitt sich durch den Zufall, aber auch die Behauptung der "Bergarbeiter-Zeitung", daß Ermeret das Gehalt von 5000 Mark bezog, brachte folgenden Erfolg, der den Machtverhältnissen der Gruben des Herrn Blech zum Ausdruck hat und den wir gleichfalls oben auf den Redationskopf eines sozialdemokratischen Zeitungsgemein hatte:

Mit einem Herrn vom Reichsbank und Ermeret ist getreu Beratung der Gehaltsansprüche vereinbart worden. Ermeret soll auch für 5000 Mark die Stelle übernehmen, beantragt dann aber längere Anstellung (auf 3 oder 5 Jahre). Gehalt der Anstellung für Gehalt und event. auch für die Mädrate, falls eine frühere Lösung der Gehaltsfrage eintreten sollte.

Da er 5000 Mark nach oben hin noch mehr hoch erscheinen, so ist mit Ermeret vereinbart worden, daß er beim Besuche nur 3000 Mark haben soll, die während 2000 Mark aber anderweit — etwa beim Besuche des Reichsbank — eingetragt bekommt.

Zum Vortrag bei seiner Durchfahrt.
Reinhardt.

Ermeret hatte also laut "Anstellungsvertrag" wirklich von 3000 Mark Gehalt. Immerhin gehört ein eigenartiger Gewinn dazu, bei solchen Umständen Beschäftigungen zu bekommen.

Es gibt noch zahlreiche andere Fälle, die den gelben Organisationen auf die Beine zu helfen, ohne daß diese wissen, von wem sie schließt. So fallen die Unternehmer die Geschäftsleiter der gelben "Berliner Zeitung" durch Hinweis von Dr. Rosenfeld, der die Verträge der Sprengstoffwerke von Dr. Rosenfeld Sprengstoffwerke an, Daniel u. Weg empfiehlt hydraulische Pressen, Maschinen u. Sägen für Holz und Tiefenmesser, die Ausgaben, Pflanzmaschinen mit Offensivmaschinen und Schneebahnen verkaufen und Krupp als Schiffbau- und Stahlbau-Fabrikanten. Das die gelben Werbervereine mit dem angepriesenen Zeug wirklich nichts anfangen können, liegt auf der Hand. Um so mehr können sie mit den hohen Dispositionsgeldern — die falls hinter 100000 anfangen.

Manche Großbetriebe werfen auch große Summen zur Förderung der Werbervereine aus. So schenkte der Magener Bergarbeiter Reichensmühl vom Generaldirektor a. D. 100 000 Mark, von andern höheren Beamten des Bergwerks weitere 6000 Mark. Auch andre Fabriken sind dabei. Der Werberverein der Firma Krupp hatte 1910 eine Gesamteinnahme von 132 761 Mk., davon hatte die Firma allein 120 000 Mark, also mehr als 90 Prozent hergegeben. Der Werberverein der Babiker Wäler u. d. S. o. f. a. b. r. i. l. hatte 1911 eine Gesamteinnahme von 26 427 Mark, davon konnten 27 444 Mark, also rund 10 Prozent der Gesamteinnahme, aus der Kasse der Firma. Die Waidenburger Wäler Werberverein wiederum erzielte eine Gesamteinnahme von 300 000 Mark. Die "Berliner Zeitung" sammelte in Hannover, das diese Werberverein neben anderen beifügen die Kassen eines Reichs von 100 000 Mark zur Verfügung gestellt.

So sparen die Unternehmer beständig und fleißig erhebliche Summen, um den Arbeitern die gelben Vereine schenken zu machen. Und das werden nicht gelinde helfen sie mit den hohen wirtschaftlichen Fähigkeiten auf der wirtschaftlichen Produktion in den Betrieben der gelben Schafe. Diese Summen werden in der Regel

sanitäre Einrichtungen und für eine bessere Entlohnung der Arbeiter, damit die Frauen nicht gezwungen sind, den fargen Lohn des Mannes durch Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu erhöhen.

Unfall-Tippe

In der chemischen Fabrik Laucha ereignete sich am 21. November in der Abteilung Blausäure eine Explosion, als mittels einer Vorlampe eine Reparatur vorgenommen werden sollte. Erschütterungsweise waren die Folgen der Explosion nicht schwer; nur ein Arbeiter wurde leicht verletzt. In derselben Abteilung kam vor einigen Tagen ein Arbeiter durch ausströmende Gas zu Schaden. Unaufmerksam ist wenigstens für die Arbeiter, wie sich die Gase annehmen könnten, wenn die Abgasung funktionierte und die Zuleitung dicht genug abgeschlossen war. So viel fest, daß der Gasometer vor Beginn der Reparatur erklärt hat, es seien Gase nicht mehr vorhanden.

Keramische Industrie

Das Muster eines Zementarbeiters.

Die Zementindustrie gehört bekanntlich zu jenen Industriezweigen, deren Gedeihen weniger auf der Intelligenz, als auf der Gesundheit und der Körperkraft der Arbeiter beruht. Bei der Umwerbung von Arbeitskräften sieht man deshalb auch mehr nach dem „Süßmädchen“ als nach der „Denkerin“. Den Zementherren bringt dies zweifachen Vorteil. Die robuste Körperkraft ermöglicht ihnen eine intensive körperliche Ausbeutung der Arbeiter und die geringe Intelligenz eine geringe Entlohnung. Das rasche Emporkommen und die Riesengewinne der Zementindustrie sind im wesentlichen das Resultat dieser Zustände.

Nun hat gewiß die moderne Arbeiterbewegung inner- und außerhalb der Zementindustrie auch hier zu manchem gemildert, geändertes und gebessert. Sie hat die Ausbeutung zurückgedrängt, die Gesundheitsgefahren vermindert, die Arbeitslöhne gesteigert, die Behandlung der Arbeiter gebessert und deren geistigen Aufstieg veranlaßt und gefördert. Aber immer ist die Zementindustrie, gleich der Ziegelindustrie, noch das Sammelbecken für zahlreiche geistig rückständige Elemente, was schon durch die rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bestätigt wird. Das schließt natürlich nicht aus, daß sich auch hier eine große Anzahl intelligenter Kräfte entwickelt hat - das Ergebnis der Arbeiterbewegung - aber die Schwermüßigen und Denkrüden haben noch immer die Mehrheit. Und diese Mehrheit wird nicht etwa nur von den kulturell zurückgebliebenen ausländischen Arbeitern gestellt, nein, auch die einheimischen Arbeiter liefern ein gutes Teil dazu.

Die Einheimischen sind nicht selten noch gefügiger und gebuldiger als die Ausländer. So betonen zum Beispiel die Mannheim-Heidelberg Zementwerke in der kürzlich erschienenen Jubiläumsschrift, um sich von den ausländischen Arbeitern ganz frei zu machen, seien sie bestrebt, durch Erziehung von Fabrikschulungen die einheimischen Arbeiter mehr seßhaft zu machen. Daß dieses Fremden aus den Ausländern und das Seßhaftmachen der Einheimischen nicht aus selbstloser Liebe zu den Einheimischen geschieht, dürfte eine Beweisführung wohl entbehren. Die Einheimischen stellen heute sogar eine ganz respektable Anzahl Musterknaben, die sich so ganz nach dem Herzen der Zementherren für ein Dreckgeld auszuopfern und es als Ehre betrachten, von den Herren verhöhnt zu werden.

Ein besonderes Exemplar eines solchen Musterknaben wurde dieser Tage in unseren Thüringer Ländchen entdeckt, und zwar in dem Saalestädchen Bad Kösen. Die wenigen Arbeitsbienen, die hier ihr Dasein finden, sind infolge der geringen Arbeitslosigkeit gezwungen, der nahegelegenen Zementfabrik ihre Dienste anzubieten. Niedrige Arbeitslöhne und Abhängigkeit der Arbeiter in jeder Beziehung sind die natürlichen Folgen der hier mangelnden Nachfrage nach Arbeitskräften. Die paar Betriebsbeamten spielen hier die Herrgötter und die Arbeiter kriechen vor ihnen im Stände. Der Rektor bei dieser Kriegerlei wurde kürzlich bei den in Bad Kösen vorgenommenen Gemeindevahlen erreicht. Der Direktor der Zementfabrik war nämlich als Kandidat nominiert, und so fühlten sich einige Arbeiter verpflichtet, für die Wahl ihres „Herrn“ einzutreten. Aber nicht etwa im stillen wurde für den „Herrn Direktor“ geworben, das hätte er ja schließlich gar nicht bemerkt, nein öffentlich, damit auch für die modernen Kämpen der Lohn nicht ausbleibe. Im „Raumburger Kreisblatt“ erschien nämlich in auffallend großen Lettern folgender Wahlaufruf:

An die Arbeiter der 3. Wähler-Abteilung Arbeiter!

gebt eure Stimme Herrn Direktor Rechten!

Sieh, dein Gegenkandidat, kann uns keinen Tag Arbeit geben, der uns froh sein, wenn er selber welche hat. Der arme, arme verwachsene Schmeißel, dessen Vater im Armenhause ruht, und der während des Sommers bei einem reichen Manne für täglich 30 Pf. und etwas Hien beschäftigt wurde, hat nun leider jetzt bei Beginn des Winters dort entlassen werden müssen und ist nun auch aus der Zementfabrik für täglich 1.25 Mk. glücklich amgezogen.

Arbeiter! Der Winter ist vor der Tür, und ein ordentlicher fleißiger Arbeiter hat im Winter noch immer sein Unterkommen bei Direktor Rechten gefunden.

Sieh kann niemand im Sommer geschweige im Winter mit Arbeit unterhalten.

Uto Schäfer

im Rahmen seiner nahezu 300 Arbeitskameraden der Zementfabrik.

Wenn das Bibelwort: „Selig sind die Armen im Geiste“ heute noch Geltung hat, so ist dem braven Uto die ewige Seligkeit sicher. Denn könnte man glauben, ein Schold habe bei diesem Kuruz keine ganze Woche anstandslos, um die dort herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse kritisch zu beleuchten. Die so schon angeführte Geschichte vom dem verwachsenen Schmeißel bietet eine herrliche Perspektive. An derselben Stelle wo die besagten Beschäftigten sich befinden, wird der arme Schmeißel von einem reichen Manne mit 30 Pfennig und „etwas Hien“ täglich für seine Arbeit abgeholt. Das war weniger als die Kopien für einen Hund, schließlich für den Hundel. Aber nur im Sommer erhält dieser Schmeißel die Gumbation, im Herbst wird er von dem reichen Manne fortgeschickt, der richtige vierbeinige Hund darf bleiben. Damit der arme Schmeißel aber nicht ganz verzweifelt, hat die gütliche Vernehmung die höchsten Zementherren erziehen lassen und den edlen Direktor Rechten fernerhin der dem Schmeißel nun edelmütig anzuhaben und ihm Arbeit besorgen. Einhergehend mit dem Schmeißel kann sich der arme Schmeißel da nun täglich verdienen. Wenn er jetzt das Lumpenstück fertig bringt, für 90 Pfennig täglich durchzuführen, so heißt er sich bei dem Herrn Direktor Rechten. Er ebenso gut, als bei dem reichen Manne. Sollte ihm das aber nicht gehen, so kann er ja Zementfabrik schließen und Sachverständiger dazu tun, wie das vielleicht der Herr Direktor ... parat, der Uto Schäfer auch ist.

Aber nicht nur dem armen Schmeißel wird diese Herrlichkeit, nein, alle ordentlichen Arbeiter von Kösen sind bewirnt, daran teilzunehmen. Direktor Rechten bietet ihnen zu jeder Zeit ein Unterkommen. Sogar Reichthümer können sie dort erwerben. Denn sie können es mit der Zeit um 2.50 Mark pro Tag bringen. Sehen sie dann nicht anstandslos als der arme Schmeißel, so bringen sie es sogar, wenn auch nicht zum Kröten, so doch zum Hundel. So ist denn die Zementfabrik, die im Jahre 1911 einen Reingewinn von 149 154 Mk. erzielte, ein Segen für die Arbeiter, die Direktor und das ganze Saalethal genießen. Es ist deshalb nicht mehr zu nötig, wenn da die Arbeiter für den eigenen Arbeitslohn nicht nur im Stände sein können, im Stände den Direktor tragen und ihre Gesundheit sparen, vor und zwischen den Leuten Hien sitzen und ihre Kinder in die Schanzen schlagen, nein, der Direktor des Direktor noch besser beliebt werden, nicht nur die Hände und Füße ihnen zum Ansehen, sondern die Herzen und das Vernehmen - er muß in den Gemeinderat. Der Herr von den Zementarbeitern seine Stimme vernehmen, der Herr von den Zementarbeitern zu schämen und für die Arbeiter Gesetze zu erlassen, der Herr von Kösen, dem Uto Schäfer.

So ungezügelt Angst der Kösen des gemeinen Volks, hier, falls der Direktor den Zementfall trägt, Schmeißel darüber wird. Wird der Direktor aber gewählt, dann ist der Schmeißel sein Herr, die Gumbation des Direktors wird ihm dann ebenfalls sein. Welche Gefahr er dann nicht ein Schmeißel wird sein, oder er wird Direktor, kann aber auch sein, daß der Herr Direktor ihn ein Paar als Schmeißel, oder

daß seine Frau Zementfabrik fiden darf, und wenn es schließlich auch nur ein Schmeißel oder ein paar anerkannte Worte sein sollten, ist er auch damit glücklich.

Nun hat der gute Schäfer unter den „nahezu 300 Arbeitskameraden“ gewiß eine Anzahl Kamme, die gleich ihm vor der Direktion auf dem Bauche kriechen und auch mit dem Schmeißel weheln. Es gibt aber auch eine größere Anzahl Arbeiter unter ihnen, die es weit von sich wissen, einem solchen Schäfer Gehör zu leisten. Die wirtschaftliche Abhängigkeit verbietet es ihnen zwar, dies öffentlich zu bekunden, aber im stillen haben sie dem elchastischen Knackgebären den Krieg erklärt und sich gelobt, den Samen der Organisation durchgehends auszusäen, der Organisation, die aus den Zementfabriken freie Menschen machen will.

An die Ortsverbände!

Die Fälle, in denen Ziegeleiarbeiter durch Lohnprellereien der Ortszweigeleiter um ihren Arbeitslohn betrogen wurden, mehren sich. In der Regel handelt es sich dabei um solche Meister, die „preußisch“ eingerichtet sind, das heißt, selbst nichts haben. Ihr Hab und Gut gehört ihren Frauen oder Kindern, so daß Klagen und Pfändungen erfolglos bleiben. Um diese Zustände zu beseitigen, den Arbeitslohn der Kollegen sicher zu stellen, soll dem Reichstag eine Petition unterbreitet werden, die verlangt, daß in den genannten Fällen der Ziegeleiarbeiter für den Arbeitslohn haftbar ist. Dazu bedürfen wir aber eines umfassenden Materials, und wir ersuchen deshalb die Ortsverbände, diesbezügliches Material, das seine gerichtliche Bestätigung erfahren hat, bis Januar 1913 an uns gelangen zu lassen.

Die Branchenleitung.

Breslau. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Breslauer Steingutfabrik, Abteilung Carlowitz, sind recht verbesserungsbedürftig, auch die Betriebsbedingungen sind teilweise mangelhaft. So sind in den Speisräumen keinerlei Sitzgelegenheiten vorhanden; die Garderobe für Frauen ist unzureichend, das Wasser schmutzig und überhitzt und deshalb zum Waschen ungeeignet usw. Da eine Kritik dieser Mißstände in Betriebsversammlungen Abhilfe nicht brachte, wurde der Bevollmächtigte unserer Bezirksstelle am 11. November bei der Kgl. Gewerbeinspektion Breslau-Land vorstellig und bat um eine Sicherung dieses Betriebes. Die Kgl. Gewerbeinspektion kam diesem Ersuchen am 27. November nach, und eigentümlich, am selben Tage noch waren Tische und Bänke in dem Speiseraum für Männer vorhanden. Werden diese Besuche vielleicht vorher angemeldet? Den Speiseraum für Frauen hat man einer Beschäftigung nicht unterzogen. In diesem Raume ist alles noch beim alten, d. h. er wird von den Arbeiterinnen zum Teil als Garderobe benutzt; Tische und Bänke fehlen. Auch auf diesen Uebelstand ist die Kgl. Gewerbeinspektion am 11. November ausdrücklich aufmerksam gemacht worden und am 28. November ist dieser Zustand nochmals der Kgl. Gewerbeinspektion telephonisch mitgeteilt worden. Es bleibt nun abzuwarten, inwieweit nun auch in diesem Falle sowie betreffs des schmutzigen Wassers eine Veränderung eintreten wird. Wie rigoros man mit den Arbeiterinnen in der Carlowitz Fabrik umspringt, beweisen folgende Vorkommnisse: Am 25. November wurde in dieser Fabrik beschäftigt gewesene Kollege Kurt Fliegner bedrängt. Am anderen Tage wurden drei Arbeiterinnen entlassen, weil sie mit zur Verdringung ihres Arbeitskollegen gegangen waren. Damit hat sich die Firma jedenfalls kein schönes Zeugnis ausgestellt. Die Arbeiterkollegen des Betriebs wollen einen Nachruf in Form einer Annonce in die „Polnische Wacht“ bringen. Sie haben deshalb die Betriebsleitung, zu diesem Zweck einmal telephonieren zu dürfen. Da kamen sie aber schon an. Wenn die Annonce in den „Breslauer Generalanzeiger“ kommt, dann ja, aber für die „Polnische Wacht“ geben wir unser Telefon nicht her, wurde ihnen geantwortet. Nun, diese Annonce ist auch ohne die Lebenswichtigen der Betriebsleitung an die richtige Adresse gekommen.

In den Sitzungsprotokollen möchten wir einmal die besagte Anfrage richten, wo er sich seine Bildung geholt hat? Ausdrücke wie: „Verfluchtes Gefindel, so viele Bälger usw.“ sind ihm sehr gebräuchlich. Angenehm er sich durchaus nicht, die Arbeiterinnen in der Garderobe zu belächeln, während sie sich umkleiden. Ja, er geht sogar soweit, die Arbeiterinnen halb angekleidet aus der Garderobe zu jagen und ihnen zu empfehlen, sich draußen anzuziehen. Wir empfehlen diesem Meister, sich zu Weisheiten Knigges „Umgang mit Menschen“ bescheiden zu lassen und während der Feiertage recht eifrig zu studieren.

Wir müssen uns aber auch einmal nach der alten Fabrik in der Marktschloßstraße wenden. Dort sind seit einiger Zeit in der Kofettgießerei Zustände eingerissen, die geradezu gegen die guten Sitten verstößen. Kurioses Beispiel: Für ein Kofett zu gießen und puzen gibt es 85 Pf. Wenn nun die Ware fehlerhaft aus den Schmelzöfen heraustritt, gibt es dafür keine Bezahlung, ganz gleich, ob die Gießer schuld daran sind oder nicht. Es ist sogar schon wiederholt vorgekommen, daß die Gießer für fehlerhafte Ware den doppelten Preis abgezogen bekommen. Auch wenn der Helfer ein Kofett zerlegt, bekommt der Gießer dafür außer dem Stückpreis noch 25 Pf. als Strafe abgezogen. Durch dieses raffiniert ausgedachte Straf- und Abzugssystem sind die Arbeiter gezwungen, auch den größten Teil der Epaußen durch zu arbeiten. Aber es kommt trotzdem vor, daß die Leute die ganze Woche umsonst arbeiten müssen. So werden zum Beispiel am Sonnabend, dem 23. November, folgende Löhne an verheiratete Gießer ausgezahlt: Ein Gießer erhielt 4.25 Mk., einer 3.05 Mk., einer 2.53 Mk., einer 1.52 Mk. und einer erhielt ganze 92 Pf. In Summe waren zweiundneunzig Pfennig! Diese Löhne betragen für 11 fünf Arbeitstage! Die davon Betroffenen sind verheiratet und haben acht, vier und drei Kinder. Einer von diesen Kerntieren hat seine Entlassung genommen und will das Gewerbeamt in Anspruch nehmen. (Auf den Ausgang dieses Prozesses kann man wirklich gespannt sein.) Vorher hatte er noch versucht, von Herrn Betriebsleiter Dreife auf friedliche Weise etwas herauszuholen. „Was soll ich denn bei mir und bei Kindern mit diesen 2.53 Mk. anfangen?“ fragte er verzweiflungsvoll Herrn Dreife. Dieser antwortete: „Ach, was gehen mich Ihre Frau und Ihre Kinder an?“ Ein christlich!

Das Weihnachtsgeld, das fast vor der Tür, aber bei diesen Löhnen werden es für manchen in der Steingutfabrik beschäftigten Arbeiter recht traurige Weihnachten werden. Da wird manchem Vater das Herz bluten, wenn er seinen Lieben nichts, aber auch gar nichts auf den Weihnachtstag legen kann. Soll es vielleicht noch so weit kommen, daß die in diesem Betriebe Beschäftigten öffentliche Mittel in Anspruch nehmen müssen? Das auch unter allen Umständen verheißt werden! Diese traurigen Zustände müssen die Arbeiterhaft ausrütteln und ihr den Weg zur Organisation zeigen; denn wie es heute diesen geht, so kann es morgen schon bei andern gehen. Die Schamrote müßte jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin ins Gesicht stehen, die unter solchen Verhältnissen sich noch nicht ihrer Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter, angeschlossen haben. Arbeiter und Arbeiterinnen! Zeigt, daß ihr noch Solidaritätsgefühl habt! Zeigt es dadurch, daß ihr alleamt dem Verbande der Fabrikarbeiter als Mitglieder beitrete, denn nur dadurch ist es möglich, bessere Zustände herbeizuführen. Allen Arbeitern und Arbeiterinnen aber, die auf eine Arbeitsstelle in diesem Betriebe reflektieren, möchten wir raten, sich diese Sache rechtlich zu überlegen und sich vorher an alle Fälle Auskunft im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, Birmerstraße 24, 1. Et., zu holen. An die Kollegen und Kolleginnen der Steingutfabrik aber richten wir die dringende Bitte, uns weiterhin alle Mißstände, schlechte Behandlung durch die Vorgesetzten usw. mitgeteilt und wahrheitsgetreu mitzuteilen. Und nun nochmals: Einmal in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Die betrübliche gelbe Sache auf dem Wege.

Vor einiger Zeit fand wie alljährlich für die Arbeiterhaft der Ziegeleiarbeiter Martini in Sommerda des sogenannten Fabrikarbeiterpart, über dessen Eigentümlichkeiten wir schon in diesem Frühjahr berichteten. Martini heißt es auch diesmal nicht an der höchsten Spitze, in der die „gemeinsamen Interessen“ von Arbeit und Kapital, aber denkwürdig genug, von Kösen und Fräulein, geleitet wurden. Da es trotz der letzten Rückschläge der vergangenen Jahre nicht gelang, die Arbeiter in die Rolle der Gänse zu drängen, sondern sie sich immer mehr ihrer Interessenvertretung, der Organisation, anwandten, so sollte das diesjährige Fabrikpart die Umleitung sein, die von den Ziegeleiarbeiterverbänden empfangene datenländische Sache einzuführen. Das waren zunächst allerdings nur Vermutungen. Die richtig diese Vermutungen aber waren, zeigt folgendes Schreiben, das ein Teil der Arbeiter zugesandt erhielt:

Wasserländischer Arbeiterverein Gottha. Gottha, den 12. November 1912.

Sehr geehrter Herr!

Anbetracht einer Unterredung welche ich vor Kurzem mit Ihrem Geschäftsprinzipal gehabt habe gestatte ich mir, Sie zu einer am nächsten Donnerstag, den 14. November, abends 8 Uhr in Sommerda Restaurant zur Erhaltung stattfindenden Besprechung, Besuchs, Gründung eines wasserländischen Arbeitervereins für dortigen freundschaftlich einzuladen, und wenn möglich Ihnen anwesende Kameraden mitzubringen barausichtlich daß Sie auf nationalen wasserländischen Boden stehen. In der angenehmen Hoffnung, Sie am genannten Abend begrüßen zu dürfen

gezeichnet mit Hochachtung Joseph Wies Gottha

Auguststraße Nr. 8.

Einige Arbeiter fanden sich denn auch ein und hörten sich das kostbare Gerede des Wasserländers an. Von verschiedenen Seiten wurde ihm gehörig die Meinung gesagt. Als er sich nun schließlich nicht mehr zu helfen wußte und die Geschehenen sein Gerede satt hatten, erklärte er, daß die Ziegeleiarbeiter nächstens in die Werkskantinen zu einer weiteren Versammlung eingeladen werden sollten. Was soll denn nun da geschehen? Vielleicht soll versucht werden, in Anwesenheit des Herrn Martini, bei sanftem Druck, event unter Spendung eines Glases Bier, das zu erreichen, was man durch Worte nicht bekam. Die Ziegeleiarbeiter werden gut tun, einer derartigen Einladung in die Werkskantinen oder sonstwohin überhaupt nicht zu folgen. Sollte aber ein gewisser Zwang ausgeübt werden, hingegen, so verkaufe keiner seine Gesinnung. Man weide derartige Vereine und glaube ja nicht, daß ein solcher Verein, den Herr Martini selbst mit fördert, Arbeiterinteressen vertritt. In einem solchen wasserländischen Arbeiterverein werden willenlose Knechte, nicht aber freie Männer erzogen.

Ihr Ziegeleiarbeiter in Sommerda habt es aber dringend notwendig, eure Freiheit zu wahren, euch bessere Zustände im Arbeitsverhältnis zu schaffen. Die abgequetschte Hand eures jugendlichen Arbeitskollegen, der in der diesjährigen Kampagne verunglückte, was nur infolge Fehlens der Schutzvorrichtung möglich war, ist das traurige Wahrzeichen der Mißstände, die auch eure Gesundheit bedrohen. Wäre der Wille des Unternehmers vorhanden, er könnte schon so manches bessern, aber nein, es geschieht nichts. Und glaubt ihr, Arbeiterkollegen, daß dann je eelenden Verhältnisse durch einen bedeutungslosen, unsicheren, finanziell bankrotten Verein verbessert werden? Nein, man will euch betrauten mit verlaufen. Weibet derartige Vereine, haltet fest zum Fabrikarbeiterverband, hier ist eure Stärke!

Ziegelei-Epitheten.

In der Ziegelei Stille in Garbsen bei Hannover wurde dieser Tage eingebrochen und einem Kollegen 12 Mk. bares Geld, eine Taschenuhr nebst Kette und zwei Verbandskalender gestohlen. Es ist recht bedauerlich und jedenfalls auch ein Zeichen der Zeit, daß sich die Herren Epitheten schon an der ärmlichen Habe der Arbeiter vergreifen. Da derartige Fälle in letzter Zeit mehrfach vorkamen, ist größere Vorsicht am Platze. Ist man gezwungen, größere Gelbbeträge bei sich zu führen, so ist ein Brustbeutel, stets bei sich getragen, das sicherste Versteck.

Neustadt a. S. Riß. In Windsheim sind einige Gipsfabriken, in denen ungefähr 80 bis 100 Mann beschäftigt werden. In diesen Betrieben wird der Lorenze Lohn von 24 bis 28 Pf. für die Stunde bezahlt. Die Arbeiter haben wiederholt um mehr Lohn angehalten, aber immer umsonst. Für das Jahr 1911 wurden den Arbeitern zum Teil ein paar Pfennige Zulage versprochen, aber erhalten haben sie nichts. Aus diesem Verhalten der Unternehmer haben nun die meisten Arbeiter die richtige Lehre gezogen und sich dem Fabrikarbeiterverband angeschlossen. Dieses Vorgehen ist natürlich einigen Herren nicht ganz angenehm; es wurde auch schon allerlei versucht, den Kollegen den Verband zu verhehlen. Inwieweit geschieht das auf Umwegen. So ist ein Kollege W. ohne alle Ursache wieder ausgetreten, und wie es scheint, will dieser mit seiner Frau den Unternehmern Helfersdienste leisten. Die Frau W. hat es auf die Frauen unserer Kollegen abgesehen, bei denen sie über den Verband schimpft, obgleich sie gar keine Ahnung von der Sache hat. Unsere Kollegen neßst ihren Frauen wollen wir aber raten: Wenn wieder ein Verbandsgegner kommt, weist ihm die Tür und haltet fest an dem, was ihr euch gesonnen habt. An die Arbeitskollegen aber, welche uns noch fernstehen, möchten wir die Mahnung richten: Einem in den Fabrikarbeiterverband! Nur durch Zusammenschluß könnt ihr bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangen.

Polizei und Gerichte.

Der Fabrikarbeiterverband ein politischer Verein?

Die Aufwerfung dieser Frage und die Ausdehnung derselben auf die Zimmerer und Metallarbeiter in entsprechenden Beweisbeschlüssen ist das vorläufige Ergebnis der Verhandlung in drei Prozessen, die am 27. November das preussische Obergerichtsgericht beschäftigten. Die Prozesse waren angestrengt worden vom Geschäftsführer der Verwaltungsjahre des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands gegen den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, von Eberwinkl, dem Vertreter der Ortsgruppe Caluwe des Zentralverbandes der Zimmerer gegen den Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen und vom Forster Belzel als Vertrauensmann der Ortsgruppe Kogenau des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen den Regierungspräsidenten zu Regensburg. In allen Fällen handelte es sich um von der höheren Behörde gebilligte ortspolizeiliche Verfügungen welche die Einziehung der Statuten, eines Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder der Zweigvereine bzw. Ortsgruppen, verlangten. Die Beförden gingen davon aus, daß es sich um politische Vereine im Sinne des Reichsvereinsgesetzes handle.

In den drei Fällen war Klage erhoben worden mit der Begründung, daß politische Vereine hier nicht in Frage kämen. Die Vertreter der Kläger (Rechtsanwalt Wolgast Heine in den Sachen aus Bitterfeld und Kogenau und Rechtsanwalt Dr. Herz (Hamburg) in der Sache aus Caluwe) legten eingehend dar, daß weder die Ortsvereine politische Vereine seien, noch die in Frage kommenden Zentralverbände.

Das Obergerichtsgericht will nun augenscheinlich gleich „ganze“ Arbeit machen. Es beschloß Beweisnehmung, nicht aber über das Vereinsleben der einzelnen, hier in Betracht kommenden Zweigstellen bzw. Ortsgruppen, sondern über den Charakter der genannten drei Zentralverbände. Es soll darüber erstens der Polizeipräsident von Berlin befragt werden, zweitens die drei Verbände und außerdem in jedem einzelnen Falle die Polizeibehörde des Orts gehört werden, wo der Sitz jedes der Verbände sich befindet (Hamburg bezüglich des Zimmererverbandes, Hannover bezüglich des Fabrikarbeiterverbandes, Stuttgart bezüglich des Metallarbeiterverbandes). Das Beweisstema (in das immer der Name des fraglichen Zentralverbandes einzufügen ist, lautet in allen drei Fällen übereinstimmend: Was ist bisher (den genannten Behörden) bekannt geworden darüber, ob, wodurch und inwiefern der Verband auf politische Angelegenheiten einzuwirken beabsichtigt?

Es ist klar, worauf diese Beweisbeschlüsse abzielen. Man will, wenn es gelingt, die Verbände als solche zu politischen stampeln und damit gleich auf einen Schlag alle Ortsvereine der Verbände treffen. Denn nach dem Standpunkt des Obergerichtsgerichts ist ein Zweigverein, der zu einem politischen großen B. -bunde gehört, den politischen Charakter des B. -bundes, ohne daß es in diesem Falle auf die Betätigung des Zweigvereins ankommt.

Auf den endgültigen Ausgang der Prozesse sind wir gespannt: